

Graf will Ausnahmen bei Raumplanung

ASYL Bei den Gemeinden ist der Ärger über die Zwangszuteilung von Asylbewerbern riesig. Der zuständige Regierungsrat Guido Graf wehrt sich – und er organisiert einen runden Tisch.

INTERVIEW LUKAS NUSSBAUMER
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

48 Luzerner Gemeinden müssen innerhalb von zehn Wochen 419 Plätze schaffen für Asylbewerber. Mit diesem Entscheid hat sich Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf (CVP) den Unmut vieler Gemeindebehörden zugezogen (Ausgabe vom Donnerstag). So sagte der Adligenswiler Sozialvorsteher Pascal Ludin (SP) gegenüber unserer Zeitung, der Kanton sei mit seiner Asylstrategie gescheitert. Guido Graf, der Vorsteher des für das Asylwesen zuständigen Gesundheits- und Sozialdepartements, verteidigt die Zuweisungsentscheide.

Guido Graf, verstehen Sie die Gemeindevertreter, die sich über Ihre Zuweisungsentscheide aufregen?

Guido Graf: Ich verstehe, dass die Gemeinden sich mit diesem Zuweisungsentscheid vor eine sehr schwierige Aufgabe gestellt sehen. Allerdings lege ich grossen Wert auf eine offene Kommunikation. So sind die Gemeinden mit den Asyl-News regelmässig über die aktuelle Lage und die Prognose informiert worden.

Der Adligenswiler Sozialvorsteher Pascal Ludin wirft Ihnen vor, Sie hätten ein Jahr lang nichts unternommen, um das Asylproblem in den Griff zu bekommen. Ein happiger Vorwurf.

Graf: Dieser Vorwurf ist völlig haltlos, und es überrascht mich, diesen von einem Sozialvorsteher zu hören. Als Gemeinderat ist er laufend informiert worden. Seit letztem Sommer sind im Kanton Luzern über 700 neue, also zusätzliche Unterkunftsplätze für Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich geschaffen worden. Was mich überrascht, ist, dass die eigentliche Problematik nicht wahrgenommen wird. Unser Problem sind nicht die neu ankommenden Asylsuchenden. Das Problem ist die hohe Schutzanerkennungsquote von 65 Prozent bei vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen. Damit bleiben drei von fünf Asylbewerbern dauerhaft bei uns.

Mehrere Gemeinderäte sind gar nicht glücklich darüber, dass die Asylbewerber dezentral auf die Gemeinden verteilt werden. Diese Kritik muss Ihnen doch zu denken geben?

Graf: Auch ich würde Asylbewerber lieber in Zentren unterbringen. Aber es muss

auch möglich gemacht werden, diese Zentrumsplätze zu realisieren – und dafür braucht es auch immer eine Standortgemeinde, die mitträgt. Zentren wären organisatorisch einfacher, günstiger und würden den Wohnungsmarkt entlasten.

Gemeinden, welche die verlangten Plätze nicht zur Verfügung stellen können, drohen erst 2016 Sanktionen. Warum soll sich eine Gemeinde denn heuer anstrengen, die geforderten Unterkunftsöglichkeiten zu bieten?

Graf: Die Verteilung ist mit Ablauf der Zehnwochenfrist nicht einfach vom Tisch. Sie läuft bis Widerruf oder bis allenfalls eine Neuverteilung vorgenommen wird.

Gemeinden, in denen Zentren oder Notunterkünfte bestehen, haben Vereinbarungen mit dem Kanton, dass sie keine weiteren Asylbewerber aufnehmen müssen. Daran stossen sich Behörden anderer Gemeinden und verlangen, dass Sie diese Vereinbarungen überdenken. Tun Sie das?

Graf: Diese Gemeinden zeigen nicht nur ihre Solidarität mit dem Kanton, sondern insbesondere auch mit den anderen Luzerner Gemeinden. Da ist es legitim, dass sie dafür eine Gegenleistung bekommen.

Altbüron, Ettiswil, Gettnau, Grossdietwil, Hergiswil und Luthern haben keine Zuweisungsverfügung erhalten, obwohl sie keine Notunterkunft bereitstellen. Sie profitieren davon, dass

sie Mitglied der Zivilschutzorganisation Napf sind, welche die Notunterkunft in Willisau zur Verfügung stellt. Ist das gegenüber anderen Gemeinden nicht ungerecht?

Graf: Das war ein Deal zwischen Willisau und diesen Gemeinden. Allerdings wird nur Willisau nach der Schliessung der Anlage 2016 für drei Jahre von Zuweisungen befreit sein. Die umliegenden Gemeinden werden ab dann wieder Zuweisungen erhalten.

Mit der Umsetzung der Asylstrategie 2016, mit der Asylbewerber langfristig nur noch in Zentren untergebracht werden sollen, harzt es. Mit ein Grund ist, dass sich mögliche Standortgemeinden wenig kooperativ zeigen. Bräuchte es jetzt nicht einen runden Tisch zwischen Kanton und Gemeinden?

Graf: In den letzten Jahren musste ich lernen, dass die Realisierung eines Asylzentrums eine der schwierigsten Aufgaben ist, die es gibt. Da gibt es nicht nur politischen Gegenwind, sondern auch raumplanerische Vorschriften, die viele Optionen von vornherein scheitern lassen. Die

eine Staatsaufgabe behindert damit die Erfüllung einer anderen massiv. Aber das ist die Gesetzgebung, an die muss sich auch die öffentliche Hand halten. Raumplanerische Ausnahmen im Asylbereich wären sicher sinnvoll, sie würden gesellschaftsverträgliche Lösungen begünstigen und zu Kostenreduktionen führen. Die

Organisation einer kantonalen Asylkonferenz habe ich in Auftrag gegeben. Sie soll Mitte September stattfinden. Die Einladungen werden noch vor Ende der Sommerferien verschickt.



«Die eine Staatsaufgabe behindert die Erfüllung einer anderen massiv.»

GUIDO GRAF, GESUNDHEITS- UND SOZIALDIREKTOR

Das Projekt Asylzentrum Grosshof in Kriens kommt noch schlechter voran, als das bis jetzt schon der Fall war. Ist die für Ende 2016 geplante Eröffnung des 120 Plätze bietenden Zentrums noch realistisch?

Graf: Wir müssen uns an die finanzrechtlichen Vorgaben halten und dem Kantonsrat zuerst eine Baubotschaft vorlegen. Das Parlament wird Ende Jahr darüber abstimmen können. Vorausgesetzt, es gibt ein Ja, kann die Eröffnung Ende 2016 erfolgen.

HINWEIS

Das Interview wurde schriftlich geführt.